



## KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 24. Juni 2019  
Kantonsratspräsident Josef Wyss

### **P 8 Postulat Schuler Josef und Mit. über ein kostenloses ÖV-Abonnement für alle Schülerinnen und Schüler bis zum Abschluss Sek II auf Kantonsgebiet / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement i. V. mit Bildungs- und Kulturdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.  
Josef Schuler hält an seinem Postulat fest.

Josef Schuler: Es freut mich, dass die Stellungnahme des Regierungsrates sehr ausführlich und ehrlich ist. Stellen Sie sich einmal vor, dass unsere Kinder und Jugendlichen den öV im ganzen Kanton gratis benutzen dürfen: Sie können deshalb Ihr Auto zu Hause stehen lassen, denn Ihre Kinder fahren mit dem Bus und dem Zug zum Fussballturnier. Beim Planen Ihrer Ferien suchen Sie einen Ort im Kanton Luzern aus, denn Ihre Kinder können ja mit dem öV anreisen und Sie ebenfalls. Der Schulweg ist für Lehrlinge oder Kantonsschüler gratis. Es kommt zu keinen Diskussionen zwischen dem Kanton und den Gemeinden, wer die Kosten übernehmen soll. Die Beiträge für Exkursionen sind damit ebenfalls schon bezahlt. Meine Nachbarn verkaufen das Auto, weil ihre Kinder den öV benutzen; die Eltern können im Zug stressfrei mitreisen. Stellen Sie sich dieses Szenario vor: Asylsuchende Jugendliche aus einer abgelegenen Gemeinde können problemlos einen Deutschkurs in der Stadt besuchen. Jugendliche, die in der Stadt keine Lehrstelle gefunden haben, werden vielleicht in Marbach fündig, der Arbeitsweg ist schliesslich kein Problem. Die Chancen erhöhen sich für alle um einiges. Die Attraktivität des öV steigt enorm, die Jungen stellen sich nicht die Frage nach einem Auto oder einem Roller, denn der Unterhalt ist teuer. Der Kanton zögert wegen des Kosten-Nutzen-Verhältnisses. Er hat mit einem zweistelligen Millionenbetrag gerechnet, ist aber bald zur Einsicht gekommen, dass die Kosten mindestens um die Hälfte tiefer liegen, weil die Gemeinden, die Lehrbetriebe und andere mitbezahlen. Bei den Tarifverhandlungen könnte der Kanton zudem einen superguten Preis erzielen. Manchmal lohnt es sich, sich ein solches Szenario vorzustellen. Ich bitte Sie, meinem Postulat zuzustimmen.

Gaudenz Zemp: Die FDP-Fraktion hat Verständnis für das Anliegen des Postulanten. Im Einzelfall kann der Vorschlag durchaus eine Lösung sein. In der Summe erweist er sich aber als Albtraum und ist kontraproduktiv. In den Augen der FDP widerspricht der Vorschlag drei Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umweltpolitik: Erstens setzt der vorliegende Ansatz falsche Anreize. Er fördert den öV künstlich, benachteiligt aber die Fussgänger und Velofahrer. Zu Fuss zu gehen oder mit dem Velo zu fahren, ist die umweltfreundlichste Mobilität und müsste gefördert werden. Zweitens schafft der Vorschlag unschöne Mitnahmeeffekte. Schon heute benutzen viele Jugendliche den öV. Die Massnahme würde den Steuerzahler viel kosten, hätte aber eine sehr beschränkte zusätzliche Wirkung. Drittens widerspricht der Ansatz dem Föderalismus. Im Bereich der Volksschulen organisieren die Gemeinden den Transport. Sie kennen die lokalen Verhältnisse am besten. Das erlaubt es

ihnen, die beste Lösung zu finden. Zentrale kantonale Vorgaben sind weniger effizient und nicht sinnvoll. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Angelina Spörri: Wir unterstützen es, dass die Jugendlichen vermehrt den öV benutzen. Dabei gilt es aber zu beachten, dass auch die Nutzung des öV nicht klimaneutral ist. Daher setzen wir uns dafür ein, dass der öV zwar attraktiv, aber nicht attraktiver als Velofahren wird. Viele Jugendliche benutzen für den Arbeits- oder Schulweg schon jetzt den öV oder das Velo. Ein Abo für alle Jugendlichen animiert dazu, statt dem Velo den Bus zu benutzen. Das wäre zu Stosszeiten nicht förderlich. Der Tarifverbund Passepartout bietet mit dem Jugend-Abo bereits ein attraktives Angebot an. Jugendliche sollen zudem lernen, dass jegliche Mobilität kostet. Daher ist einer Kostenbeteiligung durch die Jugendlichen nichts entgegenzusetzen. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Gabi Kurer: Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen stimmt dem Postulat zu. Natürlich sind wir auch der Meinung, dass die Kinder und Jugendlichen wenn möglich mit dem Fahrrad oder zu Fuss zur Schule oder Ausbildungsstätte gehen sollen. Dies ist allerdings je nach Strassenverhältnissen oder Distanz unpraktisch. Kinder sollten unbedingt früh an den öV gewöhnt werden. Dann nutzen sie diesen auch als Erwachsene eher. Die Jugendlichen ab Sekundarstufe II gehören übrigens ebenfalls zum Berufsverkehr, auf den die Regierung den Fokus legen möchte. Mit der Kostenübernahme der Beteiligung an den Abos könnte hier der Modalsplit früh Richtung öV gelenkt werden. Angebotsverbesserungen zum Ausbau der Kapazitäten sind ja bereits geplant. Somit könnte der öV diese Mehrbelastung gut schlucken. Damit könnte auch die Auslastung maximiert werden.

Thomas Grüter: Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. In § 36a des Gesetzes über die Volksschulbildung und in der Verordnung zum Gesetz wird klar definiert, was die Gemeinden unternehmen müssen, wenn ein Schulweg nicht zumutbar ist. Im konkreten Fall heisst das die Organisation und Finanzierung von Schulbussen. Für alle Transporte der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II besteht keine Verpflichtung zur Kostenübernahme durch die öffentliche Hand. Der Tarifverbund bietet vergünstigte Junior-Abonnemente an. Zudem entspricht der Gratis-öV für Jugendliche nicht Bundesrecht, da nach geltendem Recht den Transportunternehmen sämtliche Einnahmehausfälle erstattet werden müssten. Kosten im zweistelligen Millionenbereich wären – nebst den zahlreichen ungelösten Fragen in Verbindung mit den Gemeinden – die Folge. Weitere mögliche Folgen wären unter Umständen ein Verzicht auf das Velo und den Fussweg, vor allem im Agglomerationsgebiet, was wieder zusätzliche Investitionen in das öV-Angebot auslösen würde. Schlussendlich steht den höheren Kostenfolgen nur ein geringfügiger Nutzen der Umlagerung zur nachhaltigen Mobilität gegenüber. Die Regierung hat in der Stellungnahme zu den Postulaten P 677 und P 716 klar aufgezeigt, mit welchen Massnahmen sie den Herausforderungen des Klimawandels begegnen will. Die CVP lehnt das Postulat auch aus Präjudizgründen ab.

Rolf Bossart: Die Stellungnahme des Regierungsrates ist nachvollziehbar. Neben der Gemeindeautonomie stehen die Kosten in keinem Verhältnis zum effektiven Nutzen. Flächendeckende Vergünstigungen oder gar Gratisangebote, besonders aber von oben diktierte Massnahmen gehören nicht zur Kultur und zum Demokratieverständnis der Schweiz. Es mutet teilweise schon seltsam an, dass für einen Schulweg von mehr als einem Kilometer Busse, Fahrdienste bis hin zum Taxibetrieb organisiert werden müssen und auf der anderen Seite Aktionen des Bundes für mehr Bewegung und Sport lanciert werden. Neben der Bewegung ist auch der soziale Aspekt des Schulwegs zu würdigen. Bei den Lernenden und Studierenden, welche ausserhalb des Kantons die Schule besuchen, ist betreffend Kosten nichts geregelt. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Ich bedanke mich bei Josef Schuler für das Kompliment, dass unsere Stellungnahme sehr ausführlich und ehrlich ist. Zum Vorstoss selber habe ich nichts mehr hinzuzufügen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 73 zu 26 Stimmen ab.